

Stand: 21.11.2025

BMUKN Hintergrund-Papier: Transformation der internationalen Finanzmärkte

Globale Finanzströme fließen zunehmend auch in nachhaltige Aktivitäten

Weltweit fließt Kapital zunehmend in klimafreundliche Technologien und Infrastrukturen. Laut International Energy Agency (<u>IEA 2025</u>) wird das globale Energieinvestitionsvolumen im Jahr 2025 auf rund 3,3 Billionen US-Dollar steigen, davon etwa 2,2 Billionen US-Dollar¹ in saubere Energien einschließlich Erneuerbaren, Speicher und Netzausbau und damit mehr als doppelt so viel wie in fossile Energieträger (ca. 1,1 Billionen US-Dollar).

Weltweite Investitionen in emissionsarme Energien haben sich in den vergangenen fünf Jahren nahezu verdoppelt. Die IEA geht auch davon aus, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzt. Gleichzeitig bewegen sich die Investitionen in fossile Energien in den letzten zehn Jahren etwa auf gleichem Niveau. Während sich also die positive Entwicklung bei den sauberen Technologien fortsetzt, hat bei der Abkehr von den fossilen Energien noch kein nachhaltiger Trend eingestellt.

Die Risiken für eine ungeordnete Transformation und die Finanzstabilität steigen

Die Kosten durch verzögerten Klimaschutz steigen weltweit. Das ist die Kernbotschaft, die das Network for Greening the Financial System (NGFS), ein Zusammenschluss von knapp 150 Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden, zur COP 30 mitgebracht hat. Das NGFS warnt, dass Extremwetterereignisse in einzelnen Weltregionen die globalen Lebensmittelsysteme, Energiemärkte

¹ Die IEA zählt auch Kernenergie zu den sauberen Energien. Der Anteil der Investitionen in diesem Bereich ist mit 74 Mrd. USD für 2025 gering.

und Lieferketten destabilisieren können (NGFS 2025). Die Berücksichtigung von klima- und naturbezogenen Risiken sowie Risiken im Finanzsystem bspw. durch Szenarioanalysen,
Offenlegungspflichten und Transition-Pläne ist eine wichtige Antwort darauf. In der europäischen Bankenregulierung sind solche Instrumente seit diesem Jahr deshalb ein fester Bestandteil. Private Finanzakteure beginnen die Gefahren von Klimarisken besser zu verstehen und in Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen. Die Versicherungswirtschaft führt diese Entwicklung an, denn Versicherungsunternehmen und Rückversicherer können die Klimaveränderungen direkt in ihren Bilanzen ablesen. Damit wird vor allem eines klar: Fehlanreize und verzögerte Umsetzung von Klimaschutz heute, bedeuten erhebliche Wertverluste und Stabilitätsrisiken für die Zukunft. Um diese Risiken abzuwenden gilt es, die Finanzströme in Einklang mit den globalen Klimazielen zu bringen.

Finanzströme an den Zielen des Pariser Abkommens ausrichten

Neben den Zielen, die Erderwärmung zu begrenzen und die Fähigkeiten für die Anpassung an den Klimawandel zu steigern, enthält das Pariser Abkommen ein drittes, langfristiges Ziel: Die globalen Finanzflüsse sollen so ausgerichtet werden, dass sie mit einem Weg hin zu einer klimaresilienten und kohlenstoffarmen Zukunft in Einklang stehen (Art. 2.1c). Eine kohärente Umsetzung des Ziels fordert nicht nur die Umsetzung klassischer Klimapolitik, sondern auch eine konsequente Ausrichtung von Fiskal- und Finanzpolitik an klimapolitischen Zielen. Dies wird beispielsweise auch von der Coalition of Finance Ministers for Climate Action forciert, einem Zusammenschluss von Finanzministerien aus 100 Ländern. In den letzten Jahren wurden in vielen Ländern erste Politiken eingeführt, die zu Teilen die positiven Trends bei nachhaltigen Investitionen begünstigen. Gleichzeitig stehen weiterhin viele Finanzflüsse nicht im Einklang mit den globalen Klimazielen. Häufig sind es noch politisch gesetzte Rahmenbedingungen, die Investitionen in fossile Energien weiterhin attraktiv machen und den Umbau der Energiesysteme erschweren. Das ist kein Wunder. So haben die meisten entwickelten Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten auf fossile Energien als Wirtschaftsmotor gesetzt. Zusätzlich gibt es einen großen Teil internationaler Finanzflüsse, die wegen mangelnder Transparenz in ihrer Klimawirksamkeit nicht bewertet werden können (OECD 2024).

Unklare politische Signale? - Klare fundamentale Trends!

Einzelne Regierungen stellen derzeit Klimaschutzmaßnahmen und nachhaltige Finanzprodukte grundsätzlich in Frage. Diese Entwicklung verunsichert und führt dazu, dass sich einzelne Finanzakteure und Unternehmen von ambitionierten Klimazielsetzungen distanzieren, Initiativen verlassen oder Ziele abschwächen. Auch Investoren agieren teils vorsichtiger, um Reputations- und Haftungsrisiken in betroffenen Märkten zu vermeiden. Damit steigen auch die Transitionsrisiken, da die Rentabilität von bereits getätigte Klimaschutzinvestitionen teilweise in Frage gestellt wird. Gleichzeitig sind die zentralen Treiber für Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Finanzsektor ungebrochen: Der technologische Fortschritt führt zu weiteren Kostendegression bei sauberen Technologien. Viele grüne Technologien und Dienstleistungen sind schon heute wettbewerbsfähig und werden weiter an Bedeutung, wachsen. Gleichzeitig wachsen die ökologischen Herausforderungen mit dem fortschreitenden Klimawandel und der schwindenden Biodiversität. Und mit ihnen die Risiken für einzelne Finanzmarktakteure sowie für das ganze Finanzsystem. In dieser Situation könnten klare Signale von der COP30 ein wichtiges Zeichen setzen. Bei der Klimakonferenz in diesem Jahr soll entschieden werden, wie die Vertragsstaaten des Pariser Abkommens bei der Umsetzung des Art. 2.1c in Zukunft zusammenarbeiten.

Die Umsetzung von 2.1c - eine Antwort auf die hohen Investitionsbedarfe weltweit

Laut aktuellen Schätzungen wächst der globale Investitionsbedarf in Klimaschutzmaßnahmen bis 2030 auf etwa 6,3 bis 6,7 Bio. USD jährlich. Davon sind 2,7 bis 2,8 Bio. USD für fortgeschrittene Volkswirtschaften notwendig und 2,3 bis 2,5 Bio. USD für Entwicklungs- und Schwellenländern (ohne CHN) (HLEG Report 2024). Grundsätzlich ist das globale Finanzvermögen ausreichend groß, um die Bedarfe zu adressieren und die globale Transformation zu finanzieren (CBI 2025).

Derzeit spielt die internationale Klimafinanzierung für ärmere Entwicklungs- und Schwellenländer weiterhin eine wichtige Rolle. Diese fördert die Entwicklung von Rahmenbedingungen für private Investitionen in den Ländern, unterstützt beim Aufbau von Kapazitäten vor Ort oder senkt die Risiken für private Investoren bspw. über Garantieinstrumente oder Währungsabsicherungen. Trotz des Anstiegs der Klimafinanzierung in den letzten Jahren, werden diese staatlich getriebenen Finanzflüsse nicht in der Lage sein, die großen Lücken zwischen Bedarf und aktuellen Investitionen zu schließen.

Ein zentraler Teil der Lösung: Ein systemischer Ansatz, der öffentliche wie private, nationale wie internationale Finanzströme konsequent an klimakompatible Investitionen ausrichtet und von klimaschädlichen Projekten abzieht (<u>HLEG Report 2025</u>). Darunter fällt beispielsweise die viel diskutierte direkte und indirekte Subventionierung von fossilen Energien.

Multilaterale Kooperation als Lösungsansatz für globale Herausforderungen

Wie wichtig Klimakonferenzen und Politikmaßnahmen sein können, zeigt das Beispiel des sog. COP26 Statements (CETP 2025). Mit diesem haben sich mehrere Industriestaaten verpflichtet, - mit sehr begrenzten Ausnahmen- öffentliche Gelder nicht mehr in internationale fossile Energien Projekte zu leiten. Deutschland hat das Statement u.a. über die klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportkredite umgesetzt. Obwohl sich die USA jüngst aus dem Kreis der progressiven Länder verabschiedet hat, halten die anderen Länder an ihren Politiken fest. Die zur COP30 veröffentlichen Zahlen der Industrieländergruppe "Export Finance for Future Coalition" (E3F), die sich zu hoher Transparenz bei den Exportkreditgarantien bekennt, zeigen den deutlichen Rückgang fossiler Projekte in den Portfolios in Folge der COP26 (E3F 2025), auch in Deutschland.

Deutschland unterstützt die Entwicklungen hinzu einem nachhaltigen globalen Finanzmarkt

Die Bundesregierung trägt international zur Transformation hin zu klimaresilienten und nachhaltigen Finanzmärkten bei. Damit unterstützt Deutschland nicht nur die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Partnerländern, sondern leistet auch einen Beitrag zur langfristigen Stabilität der Finanzmärkte. Das BMUKN über die Internationale Klimaschutzinitiative sowie das BMZ unterstützen Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Entwicklung nationaler Rahmenwerke für nachhaltige Finanzmärkte und fördern den Kapazitätsaufbau von öffentlichen und privaten Finanzmarktakteuren. Das *Greening Financial Systems Programm* über die Europäische Entwicklungsbank (EIB) ist ein Beispiel. Über das Programm werden Zentralbanken, Finanzaufsichtsbehörden sowie Geschäftsbanken in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützt, Klimarisiken besser zu berücksichtigen und zu managen sowie klimaresiliente Finanzsysteme aufzubauen.

Weitere Aktivitäten der Bundesregierung unterstützten zum Beispiel Brasilien und Senegal bei der Entwicklung der nationalen *Sustainable Finance Rahmenwerke*. Auch der Wissensaustausch zur

Entwicklung und Anwendung internationaler Standards wird von der Bundesregierung gefördert. Als Partner des International Sustainability Standards Board trägt DEUTSCHLAND zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungs- und Schwellenländern bei und fördert die Entwicklung von Wissensprodukten zu internationalen Sustainable Finance Taxonomien im Rahmen der Global Taxonomy Roadmap Initiative. Zudem unterstützt die Bundesregierung mit Vorreiterinitiativen wie SCALED, die Mobilisierung privater Investitionen und die Weiterentwicklung der internationalen Finanzarchitektur. Zur stärkeren Mobilisierung privaten Kapitals und effizienten Nutzung von Haushaltsmitteln werden auch zunehmend Garantie-Instrumente fokussiert. Dabei gilt: Verlässliche und klare Rahmenbedingungen sind der erste wichtige Schritt, um private Investitionen anzuziehen.